

# Synopse der Parteiantworten auf die Wahlprüfsteine der LandesHochschulKonferenz Niedersachsen zur Landtagswahl 2013

## 1. Studienbeiträge

Studienbeiträge stellen derzeit einen wichtigen Bestandteil der Hochschulfinanzierung in Niedersachsen dar. 50-70% der Studienbeitragsmittel werden von den Universitäten für Personal verwendet, weit überwiegend für die Beschäftigung von wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen, Hilfskräften und für Lehrbeauftragte. Bei den Fachhochschulen beträgt der Anteil durchschnittlich 40%. Weiterhin dienen die Mittel der Schaffung fachbezogener Infrastruktur für die Lehre und der Bibliotheksausstattung. Ein Wegfall der nicht kapazitätswirksamen Studienbeiträge ohne gleich hohe Kompensation bedeutet eine deutliche Verschlechterung der Betreuungs- und damit der Lehrqualität an allen Hochschulen Niedersachsens.

**LHK:** Wie ist Ihre Position hierzu?

Im Fall einer Abschaffung der Studienbeiträge: Wie und in welchem Umfang soll eine Ausgleichszahlung erfolgen, die angesichts der Kapazitätsverordnung so eingesetzt werden kann, dass die Betreuungsqualität weiter gewährleistet wird und nicht zu einem weiteren Anstieg der Studierendenzahlen führt?

| CDU  | SPD  | Bündnis90/Die Grünen   | FDP   | DIE LINKE   |
|--|--|--|---|---|
| <p>Die CDU in Niedersachsen bekennt sich zu sozialverträglichen Studienbeiträgen. Rück-schritte in der Hochschulfinanzierung können wir uns nicht leisten. Wir sprechen die Studienwilligen gezielt an, die hervorragende Studienbedingungen zu schätzen wissen und bereit sind, dafür einen Beitrag zu leisten. Sozialverträgliche Studienbeiträge auf heutigem Niveau werden auch zukünftig benötigt und zielgerichtet zusätzlich eingesetzt, um die Lehrbedingungen und die Qualität der Ausbildung an den Hochschulen zu halten und zu verbessern.</p> <p>In Niedersachsen werden die höchsten Ausgaben pro Studierendem ausgegeben. Die Studienbeiträge kommen den Studierenden dabei als echte</p> | <p>Die Studiengebühren werden von uns spätestens im WS 2014/2015 abgeschafft, damit kein junger Mensch aus finanziellen Gründen vom Studium ausgeschlossen bleibt. Dies entspricht nicht nur unserer Forderung nach Chancengleichheit, sondern ist zugleich ein Gebot ökonomischer Vernunft. Dabei sind wir uns der Verantwortung für die Hochschulen bewusst und werden deshalb den Ausfall der Studiengebühren durch eine Gegenfinanzierung ausgleichen. Dieses vom Land bereitgestellte Geld zur Kompensation der Studiengebühren soll für die Verbesserung der Lehre genutzt werden.</p> | <p>Wir wollen die Studiengebühren für alle Studiengänge außer weiterbildenden Studiengängen abschaffen. Die dadurch wegfallenden Mittel sollen durch Landesmittel kompensiert werden. Analog zu Baden-Württemberg planen wir eine Absicherung der Kapazitätsneutralität in einem Gesetz. Danach sollen die Mittel zweckgebunden für die Sicherung der Qualität in Studium und Lehre verwendet werden. Als Qualitätssicherungsmittel soll die Kompensation bei der Ermittlung der Aufnahmekapazität außer Betracht bleiben. Um für die Hochschulen einen Anreiz zu schaffen, möglichst viele Studierende aufzunehmen, würden wir es begrüßen, zu einer Verteilungsmodalität zu kommen, die nach dem Prinzip</p> | <p>Hinsichtlich der Studienbeiträge setzt sich die FDP Niedersachsen dafür ein, dass die Hochschulen selbst – bis zu einer Höchstgrenze - über die Höhe der zu zahlenden Studienbeiträge entscheiden können. Durch diese Beiträge wird eine erhebliche Verbesserung der Lehr- und Studienbedingungen erreicht, insbesondere können die Hochschulen dank der Beiträge modernisiert und besser ausgestattet werden, die Bibliotheksöffnungszeiten verlängert und zusätzliche Tutorien angeboten werden. Hierbei ist zu beachten, dass die Verwendung der Studienbeiträge für neues Lehrpersonal an den Hochschulen kapazitätsneutral ist. Das bedeutet, dass sich durch jede über</p> | <p>DIE LINKE steht für die sofortige Abschaffung der Studiengebühren. Bei Befragungen von Schulabgängerinnen wird ersichtlich, dass die Gebühren eine abschreckende Wirkung haben. Unter denjenigen Schülerinnen und Schüler, die an einem Studium interessiert waren, sich aber letztendlich dagegen entschieden haben, war das Argument der unsicheren Studienfinanzierung und der Studiengebühren das entscheidende. DIE LINKE ist aber dagegen, dass der Geldbeutel über Bildungschancen entscheidet. Bildung ist ein Menschenrecht und keine handelbare Ware, daher darf</p> |

|  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|
| <p>zusätzliche Mittel zugute. Sie unterstützen das Studium beispielsweise durch zusätzliches Personal, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, eine bessere Geräteausstattung, die Verlängerung von Öffnungszeiten der Bibliotheken sowie bauliche Maßnahmen. Die Studienbedingungen haben sich seit ihrer Einführung spürbar verbessert. Die studentische Mitbestimmung bei der Festlegung des Mitteleinsatzes werden wir stärken.</p> |  | <p>„Geld folgt Studierenden“ funktioniert. Über die Verwendung der Mittel soll dezentral an den Hochschulen im Einvernehmen mit den Studierenden entschieden werden.</p> | <p>Studienbeiträge finanzierte Stelle der Betreuungsschlüssel für die Studierenden verbessert.</p> | <p>der Zugang zu Bildung nicht über finanzielle Hürden reglementiert werden. Gleichwohl stellt DIE LINKE nicht in Abrede, dass die Hochschulen unterfinanziert sind. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land den Einnahmeausfall durch die Studiengebühren in voller Höhe kompensiert und diese Mittel kapazitätsneutral an die Hochschulen weiterreicht. Nicht zuletzt hat der Bund-LänderPakt für gute Lehre gezeigt, dass solche Programme verfassungsrechtlich möglich sind, solange keine allgemeine Niveaupflege in großem Maßstab betrieben wird und damit das NC-Urteil des Bundesverfassungsgerichts unterlaufen würde.</p> |
|--|--|--|--|--|

## 2. Hochschulfinanzierung / Grundausrüstung

Neben der Stärkung der Autonomie der Niedersächsischen Hochschulen ist eine ausreichende und verlässliche Grundfinanzierung notwendig. Die über Jahre nicht ausreichende Finanzierung und sich nachteilig verändernde Finanzierungsstruktur der Hochschulen gefährden deren Handlungsfähigkeit und zukunftsweisende Positionierung im nationalen und internationalen Wettbewerb.

**LHK:** Was beabsichtigen Sie zu tun, um die Unterfinanzierung der Hochschulen zu beseitigen?

| CDU   | SPD   | Bündnis90/Die Grünen   | FDP  | DIE LINKE   |
|---|---|--|--|---|
| <p>Mit den Zukunftsverträgen I und II haben unsere Hochschulen zunächst bis 2015 einen langfristig verlässlichen Finanzierungsrahmen erhalten und gibt den Hochschulen eine deutschlandweit vorbildliche Planungssicherheit. Sie können verlässlich planen und bekommen u. a. den Ausgleich für Tarif- und Besoldungssteigerungen, Kofinanzierungen des Hochschulpakts 2020 sowie der Kompensationsmittel für den Wegfall der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau des Bundes vom Land zugesichert. Angesichts der allseits angespannten Haushaltslage zeigt dies, dass die CDU-geführte Landesregierung der Bildung und der Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation sowie des künftigen Fachkräftebedarfs eine herausragende Bedeutung gibt.</p> <p>Die CDU in Niedersachsen wird mit fortlaufenden Investitionen die Ausstattung und die Gebäude für die Studierenden in Niedersachsen die Studienbedingungen stetig verbessern und optimal an heutige Anforderungen angepasst. Die Sanierung des Bestandes, aber auch die Genehmigung, Planung und Errichtung neuer Gebäude</p> | <p>Die Hochschulen sind strukturell unterfinanziert, die Mehrleistungen für die starken Jahrgänge sind ein Notprogramm auf Zeit, zusätzliche Mittel des Bundes, im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation sowie der Exzellenzinitiative, fließen nur noch bis 2015 bzw. 2017. Ohne weitere Förderung durch den Bund wird sich mit dem Auslaufen der Exzellenzinitiative 2017 die Wettbewerbssituation universitärer Forschung dramatisch verschlechtern, mit der Folge, dass Spitzenforschung wieder verstärkt aus den Universitäten auswandert. Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Wissenschaft und Bildung wieder abgeschafft wird und die Zusammenarbeit ausgebaut wird. Zukünftig soll der Bund Hochschulen direkt und unbefristet fördern können.</p> | <p>Die Schuldenbremse des Grundgesetzes schreibt den Ländern vor, spätestens ab dem Jahr 2020 grundsätzlich keine neuen Schulden mehr zu machen. Allein durch Einsparungen wird dieses Ziel nicht zu erreichen, geschweige denn weitere erforderliche Maßnahmen des Landes zu finanzieren sein. Wir von Bündnis90/Die Grünen wollen die Einnahmen des Landes durch eine stärkere Heranziehung hoher Einkommen und Vermögen zur Finanzierung der erforderlichen staatlichen Aufgaben und den Abbau von Steuersubventionen stärken. Steuerrecht ist jedoch Bundesrecht. Deshalb sind wir etwa für die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und das Abschmelzen des Ehegattensplittings auf entsprechende Mehrheiten im Bund angewiesen.</p> <p>Solange die finanzielle Situation der Länder nicht verbessert wird, sind zusätzliche Mittel nur über weitere Bund-Länder-Kooperationen (wie Hochschulpakt etc.) zu generieren. Die in diesem Zusammenhang vom Land in den Haushalt eingestellten Mittel sollten wenigstens in gleicher Höhe für die</p> | <p>Die Grundfinanzierung der Hochschulen muss durch das Land gewährleistet sein. Um allerdings gerade im internationalen Wettbewerb zu bestehen, müssen Hochschulen auch die Möglichkeit haben zusätzliche Mittel zu generieren. Zur Verbesserung der Studienbedingungen gibt es die Studienbeiträge. Allerdings wünschen wir uns auch weitere Möglichkeiten zur Gewinnung von Drittmitteln für Hochschulen. Nur wenn die Hochschulen verschiedene Möglichkeiten haben – neben der Grundversorgung des Landes – an Mittel zu gelangen, können sie auch mit anderen Hochschulen mithalten und innovativ arbeiten.</p> | <p>Die Landtagsfraktion der LINKEN hat seit ihrem Bestehen immer wieder auf die Unterfinanzierung der Hochschulen hingewiesen und die zunehmende Abhängigkeit von Drittmitteln kritisiert. In den jährlichen Haushaltsberatungen hat die Landtagsfraktion Gesetzesinitiativen eingebracht, die einen Aufwuchs der Landesmittel für die Hochschulen von über 200 Mio. Euro vorsahen. Daran wird DIE LINKE auch in Zukunft festhalten. Wir sind der festen Überzeugung, dass in der Bildung nicht gespart werden darf, sondern im Gegenteil zusätzliche Investitionen nötig sind. Dies kann gelingen, wenn man in Haushaltsfragen nicht auf die Kürzung der Ausgabenseite schaut, sondern auch - und vor allem - auf eine Steigerung der Einnahmen. Allein durch die konsequente Verfolgung von Steuersünderinnen könnte das Land jährlich 300 Mio. Euro mehr einnehmen. DIE LINKE fordert daher eine Aufstockung des Personals in den Finanzämtern im Land, um den Steuervollzug zu verbessern. Hinzu kommen</p> |

|   |  |   |  |   |
|---|--|---|--|---|
| <p>standen dabei im Vordergrund. Mit über 180 Millionen Euro für Hochschulbaumaßnahmen und Großgeräte pro Jahr in den Jahren 2012/13 können umfangreiche Investitionen an den Hochschulen angeschoben und realisiert werden.</p> <p>Die zuverlässige Finanzierung von Wissenschaft, Forschung und Lehre eröffnet unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Dozenten wie Studenten zugleich Perspektiven. Die CDU in Niedersachsen will eine exzellente Entwicklung der niedersächsischen Universitäten und Hochschulen erreichen. Niedersachsen investiert heute bis zu 40 Prozent mehr pro Studierendem als der Durchschnitt der Bundesländer. Unerfüllbares zu versprechen schadet dem Wissenschaftsstandort Niedersachsen, aber wir setzen einen Schwerpunkt für den Wissenschaftsbereich in der Landespolitik. Das erfolgreiche System aus Zukunftsvertrag und Zielvereinbarungen zwischen den Hochschulen und dem Land Niedersachsen werden wir fortschreiben. Dazu werden wir rechtzeitig vor 2015 in faire und auf den Ausgleich der Interessen angelegte Verhandlungen über einen weiteren Zukunftsvertrag eintreten. Die Binnenverteilung der Finanzmittel an den Hochschulen werden wir leistungs- und</p> |  | <p>Hochschulen verstetigt werden. Die Grundfinanzierung der Hochschulen sollte gemäß der jetzigen Vereinbarung über den Zukunftsvertrag im Interesse höherer Verlässlichkeit gegenüber den Hochschulen auch weiterhin mehrjährig festgeschrieben werden. Dabei sollte die Grundfinanzierung, gestützt auf einen fortlaufend aktualisierten Hochschulentwicklungsplan, an veränderte Aufgaben und gesamtgesellschaftliche Herausforderungen angepasst werden.</p> <p>Einer auf Bundesebene und in anderen Bundesländern geführten Debatte, über eine Neuverteilung der Finanzströme bei der Hochschulfinanzierung, nach der die Studierenden-exportierenden Bundesländer den importierenden Bundesländern Teile ihrer Hochschulmittel finanzieren sollen, erteilen wir eine klare Absage. Aufgrund des hohen Exportsaldos in Niedersachsen wären die Folgen für die niedersächsische Hochschulfinanzierung verheerend.</p> |  | <p>umfassende Vorschläge zur Wiedererhebung der Vermögensteuer, Reform der Erbschaft- und Körperschaftsteuer sowie die Einführung einer Börsenumsatzsteuer, die dem Land jährlich über drei Milliarden Euro an Mehreinnahmen bescheren könnten.</p> |
|---|--|---|--|---|

|  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|
| <p>belastungsorientiert gestalten. Zugleich werden wird die CDU die Autonomie der Hochschulen weiter stärken und ihre Bemühungen zur Weiterentwicklung zu Stiftungshochschulen unterstützen.</p> <p>Laut des Evaluationsberichts der Hochschulfinanzierung in Niedersachsen des Centrums für Hochschulentwicklung 2012 bekommt das Land für seinen hohen Autonomiegrad der Hochschulen beim Einsatz der Landesmittel große Anerkennung, auch die Umsetzung des Hochschulpaktes bewertet die Expertenrunde als positiv. Die Leistungsorientierte Mittelverteilung sei transparent und ihr Anteil an der Gesamtfinanzierung ausreichend.</p> |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|

### 3. Ausweitung des Bauunterhalts

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Nds. Hochschulen bedarf es einer angemessenen Infrastruktur und vor dem Hintergrund lang anhaltender hoher Studierendenzahlen ausreichender Räumlichkeiten. Am 02.03.12 wurde dem LHK-Plenum die CHE-Bewertungen des Finanzierungssystems Niedersachsen sowie die Empfehlungen der Experten vorgestellt. Dabei wurde von den Experten deutlich gemacht, dass ein sehr hoher Sanierungsbedarf im Hochschulbau existiert und eine Aufstockung der Bauunterhaltungsmittel dringend erforderlich ist. Der aktuelle Landesetat für den Hochschulbau ist derzeit nicht in der Lage, die baulichen Bedarfe der Hochschulen zu decken.

**LHK:** Was beabsichtigen Sie zu tun, um den Sanierungsstau zu überwinden? In welchem Umfang beabsichtigen Sie den Bauunterhalt auszuweiten?

| <b>CDU</b>  | <b>SPD</b>  | <b>Bündnis90/Die Grünen</b>   | <b>FDP</b>   | <b>DIE LINKE</b>   |
|---|---|---|--|--|
| <p>Im Zuge des Konjunkturpakets II hat die CDU-geführte Landesregierung rund 260 Mio. Euro in die energetische Sanierung von Landesgebäuden</p> | <p>Mit der jahrelangen Vernachlässigung der wissenschaftlichen Infrastruktur und ausbleibender Investitionen ist an den Hochschulen ein</p> | <p>Der Sanierungsstau beim Hochschulbau ist eines der großen strukturellen Probleme, da jede Verschleppung von Investitionen in Bauunterhaltung</p> | <p>Der Sanierungsstau im Hochschulbau muss ein Ende finden. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wollen wir den</p> | <p>DIE LINKE im Landtag hat für den Doppelhaushalt 2012/2013 ein Sofortsanierungsprogramm in Höhe von 90 Mio. Euro</p> |

|   |  |  |  |   |
|---|--|--|--|---|
| <p>investiert. Mittelfristig wollen wir erreichen, dass alle Landesgebäude energetisch saniert und vollständig mit erneuerbaren Energien versorgt werden. Hiervon werden – wie bereits im Konjunkturpaket II - auch die niedersächsischen Hochschulen profitieren. Wir setzen uns dafür ein, die universitäre und außeruniversitäre Forschungs- und Lehrinfrastruktur in Niedersachsen nachhaltig zu stärken und auszubauen. Hierbei werden wir prüfen, wie dem Sanierungsbedarf einzelner Standorte angemessen Rechnung getragen werden kann. Eine Übertragung der Bauherrenschaft auf die Hochschulen wird im Einzelfall geprüft.</p> | <p>enormer Sanierungsstau entstanden. Wir werden deshalb prüfen, in welchem Umfang ein Hochschulinvestitionsprogramm für Modernisierung von Gebäuden und IT-Infrastruktur sowie zur baulichen Entwicklung aufgelegt werden kann. Dieses muss jedoch vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltssituation des Landes betrachtet werden. Um politische Gestaltungsspielräume zurückzugewinnen, muss der Landeshaushalt rasch nachhaltig konsolidiert werden. Wir werden nur das versprechen, was wir später auch einhalten können. Deshalb wählen wir an dieser Stelle die Vorbehaltformulierung und wollen uns nicht in der Höhe festlegen.</p> <p>Darüber hinaus werden wir uns für die Wiedereinbindung des Bundes in den Hochschulbau einsetzen.</p> | <p>den zukünftigen Kostenaufwand erhöht. Der Mittelbedarf ist allerdings ausschließlich aus Landesmitteln nicht zu stemmen. Daher setzen wir uns dafür ein, die Zweckbindungen der ehemaligen Mittel des Hochschulbauförderungsgesetzes (HBFG) bis 2019 fortzuschreiben. Nach 2019 muss aus unserer Sicht ein neues Bund-Länder-Hochschulbauprogramm aufgelegt werden. Das Thema Hochschulbau zeigt einmal mehr, dass die Föderalismusreform im Bildungsbereich kontraproduktiv wirkt.</p> | <p>Sanierungsstau weiter abbauen. Gerade auch unter Berücksichtigung der Bestandspflege aufgrund zurückgehender Studierendenzahlen. Allerdings ist der Landeshaushalt insgesamt im Blick zu behalten. Wir setzen uns für eine Schuldenbremse ein, um langfristig Handlungsspielräume für Investitionen zu sichern, statt uns durch Zinszahlungen zu binden. Aktuell hat die schwarz-gelbe Landesregierung über 850 Mio. € Steuermehreinnahmen in die Reduzierung der Nettokreditaufnahme gesteckt, was ca. 40 Mio. € Zinszahlungen pro Jahr spart. So können wir für künftige Generationen Handlungsspielräume erhalten.</p> | <p>gefordert und in ihrem Alternativhaushalt verankert. Es ist vollkommen klar, dass der tatsächliche Bedarf ein Vielfaches dieser Summe beträgt. Die jahrzehntelange Vernachlässigung der Bereitstellung der Bauunterhaltungsmittel kann aber nicht durch ein Zwei-Jahres-Programm beseitigt werden, zumal auch in anderen Bereichen ein enormer Sanierungsbedarf vorhanden ist: den Krankenhäusern fehlen beispielsweise über eine Milliarde Euro. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, ein umfassendes Sanierungsprogramm für den Gesundheits- und Bildungsbereich aufzusetzen, und sicherstellen, dass Krankenhäuser und Hochschulen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Kooperationsmöglichkeiten zwischen und Bund und Ländern verbessert werden und aus dem Kooperationsverbot ein Kooperationsgebot wird, das besonders bei großen Investitionsprogrammen zum Tragen kommen soll.</p> |
|---|--|--|--|---|

#### 4. Bauherreneigenschaft

Die LHK plädiert seit langem dafür, dass eine Übernahme durch diejenigen Hochschulen, die Interesse an der Bauherreneigenschaft haben, möglich

sein sollte. Jenseits dieser freiwilligen Option muss das staatliche Baumanagement in Hinsicht auf Hochschulbauten effektiver und effizienter werden. Dies betrifft sowohl den gesamten Planungszeitraum, als auch die generelle Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Hochschulen.

**LHK:** *Beabsichtigen Sie, die Bauherreneigenschaft den Hochschulen zu übertragen?*

| <b>CDU</b>            | <b>SPD</b>  | <b>Bündnis90/Die Grünen</b>  | <b>FDP</b>  | <b>DIE LINKE</b>   |
|-----------------------|---|--|---|--|
| <p>Siehe unter 3.</p> | <p>Wir setzen uns auch dafür ein, dass Hochschulen im Baubereich mehr Autonomie bekommen. Hochschulen sollen zukünftig als Bauherren selbst über Bau- und Sanierungsmaßnahmen entscheiden können. Bereits im Rahmen der Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes 2010 hat die SPD-Landtagsfraktion dazu einen Änderungsantrag Drs. 16/2568 eingebracht. Danach sollte nach § 47 ein § 47 a mit folgendem Wortlaut eingefügt werden:</p> <p><i>„§ 47a Bauherreneigenschaft<br/> <sup>1</sup>In ihrer Eigenschaft als Einrichtung des Landes nach § 47 NHG obliegen den Hochschulen die ihnen zur Verfügung stehenden landeseigenen und sonstigen Liegenschaften. <sup>2</sup>Ihnen können, sofern die Hochschulen dieses beantragen, sämtliche bisher für ihren Bereich vom Staatlichen Baumanagement Niedersachsen wahrgenommenen Bauaufgaben übertragen werden.“</i></p> | <p>In allen vergangenen NHG-Novellen haben wir die Forderung der Landeshochschulkonferenz nach Übernahme der Bauherreneigenschaft unterstützt.</p> | <p>Natürlich sollte es möglich sein, dass die Hochschulen selbst die Bauherreneigenschaft übernehmen.</p> | <p>Große und kostenintensive Neubauten prägen einen Hochschulstandort auf Jahrzehnte hinaus und sind richtungsweisenden Entscheidungen für die niedersächsische Wissenschaftslandschaft. Die staatliche Verantwortung muss daher sichergestellt bleiben. Unbeschadet davon muss es Verbesserungen beim staatlichen Baumanagement und der Zusammenarbeit mit den Hochschulen geben.</p> |

## 5. Hochschulpakt - Übergang vom Bachelor zum Master

Nach aktueller KMK-Prognose werden die Studierendenzahlen von 1,98 Millionen im Jahr 2005 auf 2,41 bis 2,67 Millionen im Jahr 2014 ansteigen. Dies entspricht einer Steigerung von 22 bis 35 Prozent. Für alle Hochschularten verbleiben die Studierendenzahlen bis 2020 auf hohem Niveau. Die niedersächsischen Hochschulen haben ihre Verantwortung hinsichtlich der stärkeren Nachfrage nach Studienplätzen aufgrund des doppelten Abiturjahrgangs und der Aussetzung der Wehrpflicht ernsthaft und konsequent angenommen. Vor dem Hintergrund des prognostizierten drastischen und langfristigen Anstiegs der Schulabsolventinnen und Schulabsolventen mit Studienberechtigung macht die LHK allerdings darauf aufmerksam, dass unter den derzeit gegebenen Bedingungen die langfristige Versorgung des doppelten Abiturjahrgangs an folgendem Problem zu scheitern droht: Die zusätzlichen Bachelorstudienplätze für den doppelten Abiturjahrgang sowie für die zusätzlichen Bewerber wegen der Aussetzung der Wehrpflicht werden über Mittel aus dem Hochschulpakt finanziert. Da diese jedoch bislang nicht für Masterstudiengänge verwendet werden dürfen, werden die Hochschulen den zusätzlichen Bachelorabsolventinnen und –absolventen keine Masterstudienplätze anbieten können. Für viele Studierende des doppelten Abiturjahrgangs wird das Studium in Niedersachsen also mit dem Bachelor enden müssen. Das ist besonders problematisch in jenen Studiengängen, in denen erst der Master einen Zugang zum Berufsfeld eröffnet.

Erforderlich ist die Ausfinanzierung von Masterstudienplätzen für die zusätzlichen Studierenden, deren Bachelorstudienplätze aus dem Hochschulpakt finanziert werden. Andernfalls wird es in Niedersachsen eine große Zahl von Bachelorabsolventinnen und –absolventen geben, die ihr angestrebtes Berufsziel nicht oder erst mit großer zeitlicher Verzögerung erreichen werden.

**LHK:** Was gedenken Sie zu unternehmen, um dieses Problem zu lösen? Planen Sie, einen Teil der Hochschulpakt-Mittel an den Hochschulen zu verstetigen? Wenn ja, in welchem Umfang?

| CDU   | SPD  | Bündnis90/Die Grünen  | FDP  | DIE LINKE   |
|---|--|---|--|---|
| <p>Niedersachsen steht weiterhin zu seinen Verpflichtungen im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 des Bundes und der Länder. Bis 2015 werden an den niedersächsischen Hochschulen mehr als 38.000 zusätzliche Plätze für Studienanfänger geschaffen. Einen Schwerpunkt bilden die stark nachgefragten Fachhochschulen. Insgesamt stellen Land und Bund im Rahmen des Hochschulpaktes bis 2015 dafür mehr als 750 Millionen Euro zur Verfügung.</p> <p>Damit der Bund unsere Hochschulen zusätzlich und dauerhaft fördern kann, setzen</p> | <p>Im Bundesrat setzen wir uns für eine Aufstockung und Ergänzung des gemeinsam von Bund und Länder finanzierten Hochschulpaktes ein. Mit einem „Hochschulpakt plus“ wollen wir erreichen, dass zusätzliche Studienplätze finanziert, die Einrichtung von Masterstudienplätzen gefördert und die Hochschulen mit einem Abschlussbonus für gute und erfolgreiche Lehre gratifiziert werden.</p> | <p>Die Anstrengungen im Rahmen des Hochschulpaktes, zusätzliche Studienplätze zu schaffen, müssen auch in Zukunft fortgesetzt werden. Die demografische Entwicklung zeigt zum Einen, dass die Studierendenzahlen bis 2020 auf hohem Niveau stagnieren werden. Über das Jahr 2020 hinaus streben wir durch eine Erhöhung der Studierendenquote an, dieses Niveau auch mittel- und langfristig zu halten. Darüber hinaus wird es zusätzlicher Anstrengungen bedürfen, um einen bedarfs- und nachfragegerechten Ausbau der</p> | <p>Wir wollen uns mit den Hochschulen auseinander setzen, um über die Konsequenzen zu sprechen und die Folgen, die das Auslaufen des Paktes hat. Wir werden uns aber auch um ein Nachfolgeprogramm bemühen, bei dem wir auch den Bund in der Verantwortung sehen. Gerade bei den Hochschulen sind die ausgezeichneten Verbindungen zur Wirtschaft weiter auszubauen. Der Vorteil den die Hochschulen selbst haben, aber auch die Kontakte für Studierende sind dabei ein großer Vorteil.</p> | <p>DIE LINKE hat von Beginn an das falsche Strickmuster des Hochschulpaktes kritisiert, weil damit tausende kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden und der Bachelor als Regelabschluss festgezurr wird. Beides muss geändert werden: dazu braucht es eine Verstärkung der Hochschulpaktmittel. Das Ziel der staatlichen Hochschulfinanzierung in der Frage der Masterplätze muss sein, dass die Nachfrage über das Angebot der Plätze entscheidet.</p> |

|   |  |   |  |  |
|---|--|---|--|--|
| <p>wir uns für die Lockerung des so genannten Kooperationsverbots für den Wissenschaftsbereich im Grundgesetz ein. Den Hochschulpakt 2020 des Bundes und der Länder werden wir intensiv nutzen und die Bundesmittel vollständig kofinanzieren. Und wir wollen, dass der Hochschulpakt über das Jahr 2015 hinaus verlängert und den neuen Herausforderungen dauerhaft hoher Studienanfängerzahlen gerecht wird.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass Niedersachsen im Rahmen der neuen Programme der EU-Förderung ab 2014–2020 Mittel aus dem Europäischen Fonds zur regionalen Entwicklung und aus dem Europäischen Sozialfonds auch über 2013 hinaus bestmöglich für unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen nutzen kann.</p> <p>Wir setzen uns für den bedarfsgerechten Ausbau von Masterangeboten, u. a. im Lehramt, ein. Auch im Bereich der MINT-Fächer ist zu prüfen, mit welchen Abschlüssen der bestehende Fachkräftebedarf bestmöglich gedeckt werden kann. Allerdings ist aus Sicht der CDU in Niedersachsen eine Aufweichung der Zugangsbedingungen zum Masterstudium wenig ratsam. Vielmehr tragen wir dazu bei, die Studienbedingungen so zu</p> |  | <p>Masterkapazitäten sicherzustellen.</p> <p>Auch hier gilt: Ohne Komplementärfinanzierung durch den Bund wird Niedersachsen dieser Herausforderung nicht gewachsen sein. Die niedersächsischen Hochschulpaktmittel wären entsprechend zu verstetigen bzw. evtl. auch zu erhöhen. Dabei wird zu berücksichtigen sein, dass die bauliche bzw. räumliche Situation, ebenso wie die soziale Infrastruktur für Studierende, den anhaltend hohen Studierendenzahlen gerecht werden muss.</p> |  |  |
|---|--|---|--|--|

|   |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|
| <p>verbessern, dass die Studienabbrecherquoten weiter sinken und die Abschlussnoten sich weiter verbessern. Niedersachsen weist bereits heute ein überdurchschnittliches Betreuungsverhältnis auf. Ferner erreichen die niedersächsischen Studenten schneller ihren Abschluss. Diesen Ansatz wollen wir entschlossen fortführen. Auch um dieses Ziel zu erreichen, haben sich die sozialverträglichen Studienbeiträge in Niedersachsen bewährt.</p> |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|

**5.1** Die Fachhochschulen haben im Rahmen des Hochschulpakts einen großen Teil der Verantwortung übernommen und bis zu 2/3 der jährlich zusätzlich angebotenen Studienplätze bereitgestellt. Dies war vom Land auch im Hinblick auf eine längerfristige Erhöhung des Studierendenanteils an Fachhochschulen gewünscht.

*LHK: Wie stellen Sie sich mittelfristig den Ausbau/die Ausgestaltung der Fachhochschulen vor?*

| CDU   | SPD   | Bündnis90/Die Grünen   | FDP | DIE LINKE  |
|---|---|--|-----|--|
| <p>Die Etablierung der Fachhochschulen in Niedersachsen seit 1971 ist ein eindrucksvoller Erfolg. In den letzten Jahren hat die Bedeutung deutlich zugenommen, was allein rund 45.000 dort eingeschriebene Studierende anschaulich belegen. Die CDU in Niedersachsen will auch zukünftig die Fachhochschulen fördern. Bis 2015 sollen über 38.000 zusätzliche Studienplätze aufgebaut werden, wobei der Schwerpunkt bei den Fachhochschulen liegen wird. Das Land stellt rund 750 Millionen Euro zur Verfügung.</p> | <p>Die niedersächsischen Fachhochschulen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Ausbildung hoch qualifizierter Fachkräfte, sie bilden für die berufliche Selbstständigkeit aus und sichern durch Studienangebote und Kooperationen die Durchlässigkeit zwischen den Aus- und Weiterbildungssystemen der beruflichen und akademischen Seite. Fachhochschulen sind Motoren wirtschaftlicher Entwicklung in ihren Regionen. Wir werden an dem erfolgreichen</p> | <p>Wir wollen an der Schwerpunktsetzung, vornehmlich neue Studienplatzkapazitäten an den Fachhochschulen einzurichten, festhalten. Gerade unter der Leitidee „Offene Hochschule“ hat die Fachhochschule den Vorteil, besonders attraktiv für die Klientel zu sein, die wir als „Bildungsreserve“ mobilisieren wollen. Wir wollen besonders die jungen Menschen für eine akademische Ausbildung gewinnen, deren Eltern keine Hochschule besucht haben (denn nur hier liegt das tatsächliche Potential, wenn</p> |     | <p>Wir haben starke Fachhochschulen in Niedersachsen. DIE LINKE will daher die Qualität der Hochschulen weiter stärken und ausbauen. Forschungsstarke Fachbereiche sollen zum Beispiel das eigenständige Promotionsrecht übertragen bekommen, um ihre Qualitäten besser nutzen und auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs gewinnbringend einsetzen zu können. Im Bereich der Lehre können</p> |

|  |  |  |  |   |
|--|--|--|--|---|
| <p>Bereits in den Jahren 2007 bis 2010 wurden etwa 70 Prozent der neuen Studienplätze an Fachhochschulen eingerichtet.</p> | <p>Fachhochschulausbau der sozialdemokratischen Vorgängerregierungen anknüpfen und ein neues Fachhochschulentwicklungsprogramm auf den Weg bringen. Hierbei geht es nicht um Neugründungen, sondern um den Ausbau vorhandener Standorte, Ausweitung des Fächerspektrums und Aufbau von Studienangeboten in neuen Fachgebieten.</p> | <p>Zahlen belegen, dass 71 % der Akademikerkinder ohnehin ein Studium aufnehmen). Traditionsgemäß findet sich diese Klientel eher an einer Fachhochschule als an einer Universität. Deshalb sollte bei einem zukünftigen Hochschulentwicklungsplan einer der Entwicklungsschwerpunkte die Stärkung unserer Fachhochschulen sein.</p> |  | <p>Fachhochschulen ihr Spektrum gerade in den Pflege- und Erziehungsprofessionen ausweiten und die bestehende Diskussion über die Akademisierung von Berufszweigen aufgreifen und (Modell-)Studiegänge anbieten bzw. verstetigen. Für diese Akademisierung muss es zusätzliche Mittel geben.</p> <p>Grundsätzlich ist DIE LINKE der Überzeugung, dass die Ausweitung der Studienplatzkapazitäten sich vorrangig nicht nach der Art der Einrichtung, sondern der Nachfrage richten sollte. Die Entscheidung, dass die Fachhochschulen den größten Anteil der Studienplätze bereitstellen sollen, war hauptsächlich monetär begründet, weil die Lehre an Fachhochschulen im Durchschnitt kostengünstiger ist als an Universitäten. Eine solche rein finanzpolitische Entscheidung über Studienplatzkapazitäten hält DIE LINKE für falsch.</p> |
|--|--|--|--|---|

## 6. Offene Hochschule

Die Gewinnung von Studierenden ohne klassische Hochschulzugangsberechtigung und die akademische Weiterqualifizierung von Berufstätigen gewinnen zunehmend an Bedeutung. Die Hochschulen stellen sich dieser Aufgabe gern, können dies aber nicht aus ihrer Grundfinanzierung leisten. Für diese Zielgruppen sind dauerhaft besondere Angebote erforderlich.

**LHK:** Wie sehen Sie die Aufgabenverteilung zwischen Erwachsenenbildung, öffentlichen Hochschulen und privaten Hochschulen bei der Weiterbildung? Planen Sie eine systematische Unterstützung für die Entwicklung von Angeboten der Offenen Hochschule?

| CDU   | SPD  | Bündnis90/Die Grünen  | FDP   | DIE LINKE   |
|---|--|---|---|---|
| <p>Lebenslangem Lernen kommt in Zeiten sich rasant ändernder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen eine immer größere Bedeutung zu. Unsere Hochschulen müssen sich in diesem Sinne öffnen und dabei ihr hohes Niveau erhalten.</p> <p>Auf dem Weg zur Offenen Hochschule Niedersachsen haben wir wesentliche Schritte bereits verwirklicht. Das Niedersächsische Hochschulgesetz ist angepasst und das Modellvorhaben Offene Hochschule erfolgreich initiiert worden. Die Durchlässigkeit von der beruflichen zur Hochschulbildung haben wir verbessert, die Hochschulen durch spezielle Studienangebote für Berufstätige geöffnet und Angebote aus der Erwachsenen- und Weiterbildung in die Hochschulbildung integriert.</p> <p>Entscheidende Schritte, um die Offene Hochschule Niedersachsen flächendeckend zu etablieren, haben wir gemeinsam mit der Wirtschaft und Einrichtungen der Erwachsenenbildung bereits unternommen. Jeder darf mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und drei Jahren Praxiserfahrung ohne Abitur an jeder Hochschule in</p> | <p>In Niedersachsen wurden schon früh die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, dass auch beruflich Qualifizierte ohne Abitur studieren können, doch werden sie nur von Wenigen genutzt. Das wollen wir ändern. Wir werden im Rahmen der Offenen Hochschule die Anrechnungsverfahren der im Beruf erworbenen Kompetenzen verbessern und mit den Hochschulen vereinbaren, neue Studienangebote für die Zielgruppe der beruflich Qualifizierten aufzubauen. Dazu gehören Duale Studiengänge, berufsbegleitende Studienangebote, Fernstudium, weiterbildende Bachelor- und Masterstudiengänge sowie der Ausbau von E-Learning-Angeboten. Die offene Hochschule ist für uns die Hochschule der Zukunft.</p> | <p>Die Erwachsenenbildung hat mit ihrem großen Erfahrungsschatz und einem hohen Maß an Professionalität im Bereich nachholender Schulabschlüsse ein hohes Renommee als Bildungsanbieter. Potentielle BewerberInnen für ein Studium im Rahmen der Offenen Hochschule haben vermutlich im Rahmen der beruflichen Weiterbildung bereits Kontakt mit deren Einrichtungen gehabt. Damit können Einrichtungen der Erwachsenenbildung potentielle Studierende leichter ansprechen, als Hochschulen dies können. Methodisch-didaktisch sind sie den Anforderungen des Lebenslangen Lernens gewachsen bzw. den Hochschulen in Teilen sicher auch überlegen. Wir wollen, dass die Hochschulen im Rahmen der Offenen Hochschule Unterstützungsangebote in enger Kooperation mit den Einrichtungen der Erwachsenenbildung anbieten. Gerade um einen Studienabbruch am Anfang des Studiums zu verhindern, sollen verstärkt Vorkurse, studienbegleitende Brückenkurse und Coaching-</p> | <p>Vor dem Hintergrund hat gerade die offene Hochschule die Aufgabe diese Konzepte auch weiter mit Leben zu füllen. Lebenslanges Lernen wird hier praktiziert. Wir wollen, dass die offene Hochschule niedersachsenweit ausgebaut und angeboten wird.</p> | <p>DIE LINKE steht für ein starkes öffentliches Bildungsangebot, auch in der Weiterbildung. Die Rolle der privaten Hochschulen bei der Weiterbildung darf daher nicht dominierend sein, sondern es müssen ausreichend Angebote an öffentlichen Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung vorhanden sein. Eine starre Aufgabenverteilung zwischen den Einrichtungen der Erwachsenenbildung und den Hochschulen lehnt DIE LINKE ab. Klar ist aber: Wo der Anspruch für wissenschaftliches Arbeiten drauf steht, muss auch Wissenschaft drin sein. Um die Schwelle für hochschulferne Schichten zu senken, kann es aber - wie es zum Beispiel in Finnland erfolgreich praktiziert wird - etwa im Rahmen von Sommerschulen zu Kooperationen der Erwachsenenbildung und der Hochschulen kommen, indem Hochschulen Kurse an (Heim)Volkshochschulen auf wissenschaftlichem Niveau anbieten und die erfolgreiche Belegung von solchen Kursen beim Hochschulzugang berücksichtigt wird.</p> |

|  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|
| <p>Niedersachsen studieren. Die CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein und unterstützt die Hochschulen, das Konzept der Offenen Hochschule weiter zu entwickeln und sich noch stärker für entsprechend Qualifizierte zu öffnen. Auch die Anforderungen und Interessen kleiner und mittlerer Betriebe sind dabei zu berücksichtigen. Insbesondere die Durchlässigkeit für und die Qualifizierung von Quer- und Seiteneinsteigern soll erhöht werden. Die an den vier Modellstandorten Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Oldenburg gewonnenen Erfahrungen sollen flächendeckend umgesetzt werden. Dazu wurde im Herbst 2012 die Servicestelle Offene Hochschule gGmbH gegründet, die die Öffnung der Hochschulen für neue Zielgruppen koordinieren soll. Dabei ist es gelungen, die in diesem Zusammenhang relevanten Akteure aus Wirtschaft, Hochschule Erwachsenenbildung und Gewerkschaften zu beteiligen. Die Servicestelle soll deren Aktivitäten bündeln und koordinieren.</p> <p>Den Einrichtungen der Erwachsenen- und Weiterbildung kommt im Rahmen des Projektes Offene Hochschule eine zentrale Bedeutung zu. Eine gezielte Bildungsberatung ist für uns eine wichtige Voraussetzung, um die entsprechenden Studienangebote erfolgreich</p> |  | <p>oder Mentoring-Programme angeboten werden. Im Rahmen dieser Angebote sollten die Einrichtungen der Erwachsenenbildung auch Zertifikate vergeben können, die von den Hochschulen bei der Zulassung oder im Rahmen des Studiums anerkannt werden. Bei der Festlegung des Anforderungsprofils zum Erwerb solcher Zertifikate wären die Hochschulen zu beteiligen. Um den speziellen Arbeits- und Lebensbedingungen Berufstätiger gerecht zu werden, wollen wir außerdem ein größeres Angebot an Fern- oder Teilzeitstudiengänge. Daher sind wir für die vermehrte Einrichtung von Zentren für Fernstudien und universitäre Weiterbildung. Zudem muss nach unserer Ansicht der semesterweise Wechsel zwischen Voll- und Teilzeitstudium ermöglicht werden und im Sinne des Konzeptes des lebenslangen Lernens verstärkt einzelne Module als Weiterbildungsangebote vorgehalten werden, sowohl mit dem Ziel des Bachelor- als auch des Master-Abschlusses. Wir fordern außerdem mehr Transparenz und verbindliche Kriterien bei der Anerkennung bereits beruflich oder in der Erstausbildung erworbener Kompetenzen.</p> |  | <p>Brückenkurse, die den Übergang von der beruflichen Praxis in die Hochschule leichter machen sollen, müssen gemeinsam konzipiert und durchgeführt werden; gleiches gilt für Informationsangebote über Wege an die Hochschule und das Leben in der Hochschule. In jedem Fall muss es für diese zusätzlichen Aufgaben auch zusätzliche Mittel geben.</p> |
|--|--|--|--|--|

|  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|
| <p>wahr-nehmen zu können. Zwischen Beratung und Studienerfolg besteht ein unmittelbarer Zusammenhang. Dies gilt natürlich nicht nur für den Hochschulbereich, sondern für den gesamten Bereich des lebenslangen Lernens und der damit verbundenen Höherqualifizierung.</p> <p>Auch im Bereich der zunehmend wichtigeren Alphabetisierung und Grundbildung sind die niedersächsischen Einrichtungen besonders aktiv. Grundbildung ist unerlässliche Voraussetzung für eine gesellschaftliche Teilhabe und die Teilhabe am Arbeitsleben. Wir setzen uns daher auch dafür ein, dass arbeitsplatznahe und bedarfsgerechte Grundbildungsprogramme flächendeckend durchgeführt werden. Wir werden den Einrichtungen der Erwachsenen- und Weiterbildung zur Fortführung ihrer erfolgreichen Arbeit durch einen Perspektivvertrag mehr-jährige Planungssicherheit auf höherem Niveau geben. Besonders wichtig ist es uns, den Anteil der Studierenden aus den so genannten sozial schwächeren Schichten zu steigern. Auf Grundlage der durch die Landesregierung 2012 veranlassten Analyse der entscheidenden Hemmnisse sollen konkrete Maßnahmen und Initiativen zur Bildungsintegration durchgeführt und ausgebaut</p> |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|

|  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|
| werden. Hierfür muss die Stipendienkultur weiter ausgebaut werden. Wir werden das Deutschland-Stipendium noch besser nutzen und die weitere Finanzierung der Niedersachsen-Stipendien sichern. Diejenigen, die in ihrer Familie als Erste ein Studium beginnen („Studierende der ersten Generation“), werden wir mit diesem Instrument besonders unterstützen. |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|

### 7. Mehr Autonomie für die Hochschulen - Neugestaltung des Akkreditierungswesens

Auch wenn die Akkreditierungsverfahren seit ihrer Einführung in der Praxis im Sinne der Hochschulen sich positiv verändert haben, so beruhen sie immer noch auf einem kontrollorientierten und teilweise sehr aufwendigen Ansatz.

Trotz der Erleichterungen durch die Systemakkreditierung sieht die LHK die Notwendigkeit, die Qualitätsentwicklung selbstverantwortlich den Hochschulen zu überlassen. Die Mitglieder der LHK unterstützen daher die Forderung der Mitgliederversammlung der HRK und plädieren dafür, die Systemakkreditierung schnellstmöglich zu einem Institutionellen Qualitätsaudit (IQA) weiterzuentwickeln und so die Autonomie der Hochschulen zu stärken .

*LHK: Wie beabsichtigen Sie das Akkreditierungswesen weiter zu entwickeln?*

| CDU  | SPD  | Bündnis90/Die Grünen   | FDP   | DIE LINKE   |
|--|--|--|---|---|
| Die CDU in Niedersachsen sieht gegenwärtig keinen grundlegenden Veränderungsbedarf im Akkreditierungswesen. Wir werden jedoch prüfen, an welchen Stellen Modifikationen sinnvoll sind, um die stärkere Internationalisierung von Forschung und Lehre zu unterstützen und auch grenzüberschreitende Bildungsangebote wie die European Medical School in Oldenburg angemessen zu | Eine zukunftsgerichtete Hochschulpolitik setzt auf Hochschulautonomie. Die Sicherung der Hochschulautonomie entlässt den Staat aber nicht aus seiner Verantwortung. Hochschulen stehen im Wettbewerb, aber nicht mit dem Ziel ökonomischen Gewinnstrebens, sondern um wissenschaftliche Erkenntnis und gute Ausbildung. Wissenschaft ist für uns keine Ware. Das Leitbild einer „autonomen | Die hochschulinternen Aufwendungen der Programmakkreditierung sind hoch. Die Tatsache, dass das Verfahren ein Instrument zur Umsetzung der Studienreform war, hat die Belastung für die Hochschulen zusätzlich erhöht. Inzwischen haben Hochschulangehörige Erfahrungen mit Qualitätssicherungsverfahren, so dass diese aus den Hochschulen heraus weiterentwickelt werden können. | Wir stimmen ihnen in Ihren Ausführungen zu. So fordern wir für private Hochschulen, dass diese ihre Akkreditierungsagenturen selbstständig auswählen sollten. Akkreditierungsagenturen sollten schlicht staatliche Mindestanforderungen erfüllen. Wir wollen keine überzogenen Hürden, sondern autonom agierende Hochschulen. | DIE LINKE lehnt das Akkreditierungssystem auf dem gegenwärtigen Entwicklungsstand ab. Die Hochschulen müssen einen enormen Aufwand an Zeit und Geld für die Akkreditierung erbringen, die durch die Ergebnisse in keiner Weise gerechtfertigt sind. Zudem sind die Entscheidungsorgane der Akkreditierungsagenturen nur äußerst schwach legitimiert. Diese schwache |

|                                   |   |  |  |  |
|-----------------------------------|---|--|--|--|
| <p>bewerten und auszustatten.</p> | <p>Hochschule“ werden wir konsequent weiterentwickeln. Wir wollen dabei auch in Zukunft klare Entscheidungswege und Verantwortlichkeiten an den Hochschulen. Dies ist für uns eine Voraussetzung für eine effektiv und professionell arbeitende Hochschulleitung. Ihre gleichzeitige demokratische Kontrolle durch die Mitwirkung und Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen und ihrer Gruppen steht für uns dabei nicht im Widerspruch. Im Gegenteil, sie bedingen einander. Wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt lässt sich nicht top down verordnen, wissenschaftliche Effizienz verlangt ein Klima der Kooperation und Kommunikation zwischen wissenschaftlich Arbeitenden und Hochschulleitung.</p> <p>Es gilt: Die Verantwortlichkeit aller Akteure für das Gesamtprojekt einer Hochschule entsteht nur im Rahmen der Möglichkeit zur Mitwirkung, die zugleich Ausdruck der Wissenschaftsfreiheit ist. Diese werden wir achten und fördern.</p> <p>Zur Hochschulautonomie gehört für uns auch die verfasste Studierendenschaft. Die Zusammensetzung und Effizienz von Stiftungs- und Hochschulräten werden wir evaluieren und neu bewerten.</p> | <p>Deshalb unterstützen wir die Forderung, mittel- und langfristig mit dem Wechsel zur Systemakkreditierung die Verantwortung für Qualitätssicherung auf die Hochschulen zu übertragen. Erst auf der Grundlage der Erfahrungen, die man mit den ersten Systemakkreditierung gewinnen wird, sollten dann weitere Überlegungen angestellt werden, wie die Systemakkreditierung weiterentwickelt werden kann.</p> |  | <p>Rückbindung steht ebenfalls in einem groben Missverhältnis zu dem Einfluss, den sie haben, und zu den Konsequenzen, die ihre Entscheidungen auslösen könnten.</p> <p>DIE LINKE will die innerhochschulischen Entscheidungsprozesse bei der Qualität der Studiengänge stärken; dabei bedarf es aber auch einer anderen Zusammensetzung der Hochschulorgane. Wir wollen, dass in Entscheidungsgremien bei Fragen der Lehre die Gruppe der Hochschullehrerinnen den vom Verfassungsgericht geforderten maßgeblichen Einfluss erhält - aber auch nicht mehr. In den Beratungsgremien, also den Studienkommissionen sollen darüber hinaus die Vertreterinnen des Mittelbaus der Studierenden mehr Einfluss erhalten. DIE LINKE ist davon überzeugt, dass Qualitätsentwicklung in der Hochschule nicht durch Kontrolle und Sanktion erfolgen kann, sondern durch einen Aushandlungsprozess zustande kommen muss. Das derzeitige Akkreditierungssystem entspricht diesem Ansatz nicht.</p> |
|-----------------------------------|---|--|--|--|

|  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|
|  | <p>Wir wollen, dass alle gesellschaftlichen Gruppen in Hochschulräten repräsentiert werden.</p> <p>Auch Akkreditierungsrat und Akkreditierungsagenturen sind in der Verantwortung für eine bessere Umsetzung der Bologna-Reform. Sie müssen der Tendenz zu einer Bürokratisierung der Qualitätssicherung entgegenreten und die Studierbarkeit der Studiengänge sicherstellen. Wir werden die Programmakkreditierung in Richtung auf eine Systemakkreditierung weiterentwickeln. Ziel muss eine nachhaltige Qualitätskultur an der Hochschule sein.</p> |  |  |  |
|--|--|--|--|--|

## 8. Forschungsförderung

Das Land Niedersachsen hat bei der letzten Runde der Exzellenzinitiative nicht gut abgeschnitten.

**LHK:** *Wie wollen Sie die Position der niedersächsischen Hochschulforschung dauerhaft verbessern? Was wollen Sie tun, um die anwendungsorientierte Forschung an Fachhochschulen voranzubringen?*

| <b>CDU</b>   | <b>SPD</b>   | <b>Bündnis90/Die Grünen</b>  | <b>FDP</b>   | <b>DIE LINKE</b>   |
|--|--|--|--|--|
| <p>Niedersachsen ist eines der europäischen Zentren für Forschung und Entwicklung. So ist z. B. der Großraum Braunschweig eine der forschungsintensivsten Regionen in Europa. Innovative Unternehmen tragen dazu genauso bei wie unsere Hochschulen und außeruniversitären</p> | <p>Die Universität Göttingen hat im Juni diesen Jahres ihren Status als Exzellenzuniversität verloren. Das Ergebnis war für den Hochschulstandort Niedersachsen eine große Enttäuschung. Dennoch sind im Bereich der Graduiertenförderung und bei den Exzellenzclustern in Göttingen, aber auch in</p> | <p>Niedersachsens Hochschulen werden nur dann den großen Abstand zu den besonders forschungsstarken Bundesländern aufholen können, wenn über standortübergreifende Verbünde Stärken gebündelt werden können. Dies sollte ein Eckpfeiler einer zukünftigen Hochschulentwicklungsplanung</p> | <p>Die FDP Niedersachsen tritt für Freiheit und Unabhängigkeit in der Forschung ein. Jeder Versuch ideologisch motivierter Einflussnahme wird abgelehnt. Forschungseinrichtungen in Niedersachsen beleben die Hochschulen und die Standorte. Der Verbleib und die Neuansiedlung von Forschungseinrichtungen sind</p> | <p>Wie oben erwähnt, will DIE LINKE die Grundfinanzierung der Hochschulen spürbar ausbauen und die Infrastruktur erneuern, um bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, was sich positiv auf die Forschung auswirkt. Ebenso stehen wir für das Promotionsrecht von forschungsstarken</p> |

|  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|
| <p>Forschungsinstitute. Qualität und Innovationsgehalt der Forschungsarbeit in Niedersachsen sind auf einem ausgezeichneten Niveau. Insgesamt stellt das Land den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen jährlich rund 80 Millionen Euro Sondermittel für Zwecke der Forschung zur Verfügung.</p> <p>Zusätzlich werben die niedersächsischen Hochschulen und Forschungsinstitute jährlich ein hohes Maß an Drittmitteln vom Bund, der EU, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft sowie der Industrie ein. Für die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wurden zahlreiche neue Instrumente entwickelt. In Forschungs- und Innovationsverbänden arbeiten Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen in übergreifenden Technologiefeldern zusammen und intensivieren den regionalen Wissensaustausch. Wir werden die Innovationstätigkeit unseres Landes weiter steigern und den Wissenstransfer von den Hochschulen in die Gesellschaft noch besser fördern. Das gemeinsam vom Wissenschafts- und Wirtschaftsressort entwickelte Innovationskonzept werden wir mit und für die Hochschulen, Forschungseinrichtungen und</p> | <p>Hannover und Oldenburg, niedersächsische Erfolge zu verzeichnen. Nach vielen Jahren der wettbewerblichen Spitzenförderung weniger Hochschulen muss es jetzt darum gehen, die Leistungsfähigkeit der Hochschulen insgesamt zu verbessern – in Forschung und Lehre. Es gibt viele Fachhochschulen und kleinere Universitäten, die im Exzellenzwettbewerb nicht antreten konnten, aber in Lehre und Forschung leistungsstark sind und große Potenziale haben. Voraussetzung ist die geforderte Abschaffung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern. (Siehe dazu auch unter Nr. 2)</p> | <p>sein. Über den VW-Vorab hat das Land die Möglichkeit hier eigene Akzente zu setzen. Wir wollen das Niedersachsens Hochschulen besonders im Bereich „Nachhaltige Wissenschaft“ den Zug der Zeit nicht verpassen. Bereits vorhandene erfolgreiche Ansätze und Projekte sollen durch entsprechende Förderanreize gestärkt und ausgebaut werden. Unsere Startposition ist gar nicht schlecht. Es darf nicht passieren, dass uns auch hier die südlichen Bundesländer wieder den Rang ablaufen.</p> <p>Die anwendungsorientierte Forschung an Fachhochschulen wollen wir dadurch stärken, dass wir uns dafür einsetzen werden, bereits vorhandene Forschungsförderprogramme weiter für Fachhochschulen zu öffnen. Auch hier wäre über den VW-Vorab eine Akzentsetzung möglich.</p> | <p>aus wissenschafts- und auch wirtschaftspolitischer Sicht für Niedersachsen wichtig. Die Gründung von Wissenschaftsverbänden, Anwendungszentren und Wissenschafts-Parks soll daher gefördert werden.</p> | <p>Fachbereichen der Fachhochschulen. Zusätzlich muss es im Bereich der Forschungsförderung eine Abkehr vom "Exzellenz-Wahn" geben. Die dritte Säule der Exzellenzinitiative (die Krönung von "Elite-Universitäten") ist ein falscher Ansatz, weil damit nur symbolhafte Leuchttürme geschaffen werden. Wir brauchen eine Verbesserung in der Breite und keine tiefgehende Spaltung der Hochschullandschaft in einige wenige forschungsstarke Universitäten und hunderte Lehr-Hochschulen. Auf eine solche Förderpolitik muss die Forschungsförderung umgestellt werden. An den Hochschulen selbst kommt es darauf an, die Wissenschaftlerinnen von wissenschaftsfernen Aufgaben zu entlasten. Hochschullehrerinnen und Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen müssen immer mehr Zeit in das Beantragen, Dokumentieren und Evaluieren von Forschungsprojekten investieren und dabei zig Verwaltungsvorgänge abarbeiten. Darunter leidet die Forschungstätigkeit. Dieser Zustand muss beendet werden.</p> |
|--|--|--|--|--|

|  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|
| <p>Wirtschaft umsetzen. Im Fokus unserer Innovationsstrategie stehen die derzeit wichtigen gesellschaftlichen Themen wie Ernährung, Gesundheit, Energie, Klimaforschung, Mobilität sowie Küste und Meer.</p> <p>Die CDU in Niedersachsen wird gute Absolventen fördern, zusätzlichen Forschernachwuchs nach Niedersachsen ziehen und exzellente Wissenschaftler in Niedersachsen halten. Für unsere Doktoranden werden wir die Promotionskollegs erweitern. Wir sichern die kontinuierliche Förderung von Forschungsverbänden, um den Wissenstransfer nachhaltig zu unterstützen. Damit die niedersächsischen Hochschulen herausragende disziplinäre und interdisziplinäre Forschungsleistungen erreichen, unterstützen wir sie bei der Profilierung ihrer Schwerpunkte. Außerdem werden wir ihre Vernetzung untereinander und mit außeruniversitären Einrichtungen noch stärker fördern.</p> <p>Wir wollen ferner die Kooperation zwischen Universitäten und Fachhochschulen unterstützen, u. a. durch Beratung, gemeinsame Projekte und den Aufbau gemeinsamer Studiengänge und hochschulübergreifender Lehrangebote. Darüber hinaus wollen wir neue außeruniversitäre Einrichtungen</p> |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|

|   |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|
| <p>und weitere Forschungsbauten in Niedersachsen ansiedeln. Die CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass der Pakt für Forschung und Innovation über das Jahr 2015 hinaus verlängert wird, um die finanzielle Planungssicherheit und internationale Konkurrenzfähigkeit der überregionalen Forschungseinrichtungen in Niedersachsen zu erhalten und die Leistungsfähigkeit der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Interesse der Hochschulen zu stärken. Die Kooperationen von Hochschule und Wirtschaft und die Verzahnung mit weiteren gesellschaftlichen Strukturen unterstützen wir daher ausdrücklich.</p> |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|

**9. Einrichtung und Schließung von Studiengängen / Aufhebung der 5-Jahres-Regel bei konsekutiven Bachelor/Master-Studiengängen**

In Niedersachsen können die Hochschulen über die Einrichtung und Schließung von Studiengängen nicht eigenständig entscheiden. Sie haben dazu eine Zielvereinbarung mit dem MWK zu schließen. Da es jedoch eine allgemeine Hochschulentwicklungsplanung für Niedersachsen nicht gibt, verläuft der Zielvereinbarungsprozess nicht effizient und die Entscheidungen zu Einrichtung und Schließung von Studiengängen sind wenig transparent. Es wäre sinnvoll, diese Entscheidungen den Hochschulen zu überlassen, um so das Studienangebot nachfragegerecht regeln zu können. Selbstverständlich steht es dem MWK frei, Randbedingungen aus übergeordneten Gründen vorzugeben, z. B. im Bereich der Lehrerausbildung.

In diesem Zusammenhang ist auch nicht einzusehen, warum noch immer die KMK-Regelung gilt, dass aufeinanderfolgende Bachelor- und Masterstudiengänge in Summe nur eine Regelstudienzeit von 5 Jahren aufweisen dürfen (5-Jahres-Regel). Auch über die Dauer ihrer Studiengänge sollten die Hochschulen autonom entscheiden können. Auf diese Weise könnte sich das Studienangebot deutlich besser differenzieren und sich dem Bedarf anpassen, d. h. es könnte beispielsweise an Universitäten u.a. achtsemestrige beschäftigungsbefähigende Bachelorstudiengänge geben, und zur Qualifizierung in der Forschung auch darauf aufsetzende viersemestrige Masterstudiengänge.

**LHK:** *Wie stehen Sie zur Hochschulautonomie im Bereich der Lehre? Soll es den Hochschulen freigestellt sein, Studiengänge einzurichten und zu schließen? Sollten die Hochschulen auch autonom die Dauer ihrer Studiengänge bestimmen können?*

| CDU  | SPD   | Bündnis90/Die Grünen  | FDP   | DIE LINKE  |
|--|---|---|---|--|
| <p>Die Hochschulautonomie ist aus Sicht der CDU in Niedersachsen ein hohes Gut, in welches nur dann eingegriffen werden sollte, wenn der Handlungsbedarf gut begründet ist. Im Sinne einer verlässlichen Gewinnung wissenschaftlicher Nachwuchs- und betrieblicher Fachkräfte in Industrie, Handwerk, Mittelstand, aber auch Schule und Kita, muss ein breites, qualitativ hochwertiges Angebot an Studiengängen bereitgehalten werden. Insbesondere im Bereich der Zukunftsmärkte und -technologien ist es sinnvoll, beispielsweise durch Landesinitiativen oder die Beteiligung an Bundesinitiativen Akzente zur Innovationsförderung und zum Wissenschaftstransfer zu setzen. In einzelnen Fällen beinhaltet dies die Schaffung spezifischer Lehrangebote. Wichtige Initiativen der vergangenen Jahre sind die Einrichtung des Niedersächsischen Instituts für frühkindliche Bildung und Erziehung sowie die Schaffung von Lehrangeboten zur Islamischen Theologie oder im Bereich Regenerative Energien.</p> <p>Die Schließung von Studiengängen bedeutet stets eine Zäsur und ist daher mit besonderer Rücksichtnahme auf die Interessen der Studenten zu diskutieren. Sofern sich aufgrund sinkender Studentenzahlen und</p> | <p>Die Bologna-Studienreform muss weiterentwickelt werden. Die Überarbeitung des Curriculums und die Schaffung wissenschaftlicher Freiräume im Studium werden wir in den Mittelpunkt der Bologna-Studienreform stellen. Erkennbare Probleme gibt es auch beim Übergang vom Bachelor zum Master, etwa bei einem Hochschulwechsel oder für Fachhochschulabsolventen beim Zugang zu einem Universitätsmaster. Wir werden deshalb die derzeitigen Regelungen des Zugangs zum Master auf den Prüfstand stellen. Jede und jeder mit einem Bachelorabschluss und dem Ziel des Masterstudiums, muss die Chance auf einen Studienplatz erhalten. Davon unberührt bleibt die Festlegung studienbezogener Zugangsvoraussetzungen durch die Hochschulen. Zur Stärkung der Berufsfähigkeit des Bachelor-Abschlusses setzen wir uns für eine zeitlich flexible Studiendauer ein, die sich an den Ausbildungszielen orientiert. Insbesondere in den MINT-Studiengängen können achtsemestrige Bachelor-Studienprogramme zu geringeren Abbrecherquoten führen. Die in den KMK Vorgaben festgeschriebene Gesamtregelstudienzeit von 10 Semestern wollen wir aufheben,</p> | <p>In Niedersachsen können die Hochschulen über die Einrichtung und Schließung von Studiengängen nicht eigenständig entscheiden. Sie haben dazu eine Zielvereinbarung mit dem MWK zu schließen. Da es jedoch eine allgemeine Hochschulentwicklungsplanung für Niedersachsen nicht gibt, verläuft der Zielvereinbarungsprozess nicht effizient und die Entscheidungen zu Einrichtung und Schließung von Studiengängen sind wenig transparent. Es wäre sinnvoll, diese Entscheidungen den Hochschulen zu überlassen, um so das Studienangebot nachfragegerecht regeln zu können. Selbstverständlich steht es dem MWK frei, Randbedingungen aus übergeordneten Gründen vorzugeben, z. B. im Bereich der Lehrerausbildung. In diesem Zusammenhang ist auch nicht einzusehen, warum noch immer die KMK-Regelung gilt, dass aufeinanderfolgende Bachelor- und Masterstudiengänge in Summe nur eine Regelstudienzeit von 5 Jahren aufweisen dürfen (5-Jahres-Regel).</p> <p>Auch über die Dauer ihrer Studiengänge sollten die Hochschulen autonom</p> | <p>Wir treten ebenfalls für eine stärkere Flexibilisierung der Studiendauer ein. Pauschale Lösungen halten wir hierbei nicht für zielführend.</p> | <p>DIE LINKE kritisiert, dass eine Landeshochschulplanung nur im Gesetz steht, die Landesregierung diese Vorgabe aber de facto nicht erfüllt. Zur Sicherstellung eines breiten Studienangebots bedarf es einer landesweiten Koordination und Abstimmung, die Hochschulen sollten bei der Entscheidung über die Errichtung und Schließung von Studiengängen nicht alleine gelassen werden. Sehr wohl sollen die Hochschulen aber die Freiheit bekommen, konsekutive Bachelor-MasterStudiengänge zu errichten, deren Gesamtregelstudienzeit mehr als zehn Semester beträgt. Diese ZehnSemester-Vorgabe ist kein Gegenstand der Bologna-Erklärungen, sondern eine rein deutsche Erfindung im Umsetzungsprozess von Bologna. DIE LINKE ist der Überzeugung, dass die Hochschulen die Freiheit haben sollten, die Studiengänge nach fachlichen Kriterien zu planen, was auch Raum für eine 8+4-Struktur geben muss.</p> |

|   |   |   |  |  |
|---|---|---|--|--|
| <p>verändernder Anforderungen ein entsprechender Handlungsbedarf ergibt, muss im engen Dialog mit der betroffenen Hochschule ein gemeinsames Vorgehen diskutiert und entsprechend dem NHG in Zielvereinbarungen geregelt werden.</p> <p>Die grundsätzliche Frage der Studiendauer ist im Zuge der Umstellung auf Bachelor- und Masterangebote beantwortet worden. Um diesen Fortschritt an Zuverlässigkeit und Vergleichbarkeit zu sichern, sollte nur in begründeten Ausnahmefällen von den üblichen Semestervorgaben für die Gesamtdauer von Bachelor- und Masterstudiengängen abgewichen werden. Dies kann vor allem dann sinnvoll sein, wenn besondere Anforderungen hinsichtlich Praktika oder Auslandsaufenthalten in der Studienordnung verankert sind, die aufgrund der modularen Gestaltung des Bachelor- und Masterstudiums zusätzliche Zeit erfordern.</p> | <p>um den Hochschulen mehr Gestaltungsspielraum für ihre Studiengänge zu geben.</p> | <p>entscheiden können. Auf diese Weise könnte sich das Studienangebot deutlich besser differenzieren und sich dem Bedarf anpassen, d. h. es könnte beispielsweise an Universitäten u.a. achtsemestrige beschäftigungsbefähigende Bachelorstudiengänge geben, und zur Qualifizierung in der Forschung auch darauf aufsetzende viersemestrige Masterstudiengänge.</p> |  |  |
|---|---|---|--|--|

**10. Welche Entwicklungen und Themen werden sie über die vorangestellten Punkte hinaus in der Hochschulpolitik verfolgen?**

| <b>CDU</b>  | <b>SPD</b>   | <b>Bündnis90/Die Grünen</b>   | <b>FDP</b>   | <b>DIE LINKE</b>   |
|---|--|---|--|--|
| <p>Die CDU in Niedersachsen strebt über die bereits angesprochenen Aspekte hinaus eine weitere Stärkung von Forschung und Lehre in Niedersachsen an. Die zunehmende Bedeutung einer</p> | <p>Wir werden darüber hinaus folgende Punkte und Themen verfolgen:</p> <p><b>Den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern:</b></p> | <p>Um die Studienbedingungen zu verbessern und die Abbrecherquoten zu senken, bedarf es aus unserer Sicht einer Stärkung der Lehre. Wir wollen deshalb Projekte zur</p> | <p>Die Hochschulen sollten insgesamt weiter in die Autonomie geführt werden. Die FDP Niedersachsen setzt sich dafür ein, die Aufsicht des Landes auf die reine</p> | <p>Für DIE LINKE steht ergänzend vor allem ein Aspekt im Mittelpunkt: Gute Bildung und gute Arbeit gehören zusammen. DIE LINKE unterstützt</p> |

|  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|
| <p>akademischen Ausbildung in Führungspositionen wirkt sich auch auf die Gewinnung von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund sowie Seiten- und Quereinsteigern für ein Studium aus. Familie und Studium sind in Niedersachsen kein Gegensatz. Dennoch bleibt viel zu tun, um noch mehr Müttern und Vätern ein erfolgreiches Studium zu ermöglichen und unsere Hochschulen familienfreundlicher zu gestalten. Die Betreuungsangebote der Krippen, Kindergärten, Horte, Kindertagespflege, Ganztagsgrundschulen etc. werden wir daher konsequent weiter ausbauen.</p> <p>Um die höhere Durchlässigkeit unserer Hochschulen zu nutzen, wollen wir in Abstimmung mit den Bedürfnissen der Unternehmen vor Ort bedarfsgerechte berufsbegleitende Studiengänge für beruflich qualifizierte ausbauen. Gerade für die berufsbegleitenden Studienangebote ist die Nutzung moderner Methoden wie E-Learning wichtig. Deren Einsatz und Nutzung an unseren Hochschulen werden wir ausbauen. Niedersachsen hat hier durch den Aufbau des „E-Learning Academic Network“ (ELAN) eine bundesweit führende Rolle.</p> <p>Wir sorgen nicht nur dafür, dass die Bedingungen hervorragend</p> | <p>Voraussetzung für exzellente Forschung und Lehre ist exzellentes und engagiertes Personal an den Hochschulen. Wir müssen aber feststellen, dass der Arbeitsplatz „Wissenschaft“ immer mehr an Attraktivität verliert. Die wissenschaftlichen Karrierewege sind in hohem Maße unsicher, intransparent und wenig planbar. Wir wollen dem wissenschaftlichen Nachwuchs wieder Perspektiven für den Verbleib in der Wissenschaft bieten und neue Karrierewege eröffnen. Dazu gehört die Stärkung der Juniorprofessur als Karriereweg. Mit den Hochschulen werden wir Vereinbarungen zum Ausbau des Tenure Track abschließen, sodass bei positiver Evaluierung eine unbefristete Weiterbeschäftigung an der eigenen Hochschule erfolgen kann. Gemeinsam mit anderen Ländern werden wir uns dafür einsetzen, dass die sogenannte Tarifsperre im Wissenschaftszeitvertragsgesetz wieder aufgehoben wird.</p> <p>Zukünftig soll es möglich sein, in Tarifverträgen Vereinbarungen für mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse im Wissenschaftsbereich abzuschließen.</p> <p><b>Gleichstellung auch in der Wissenschaft voranbringen:</b></p> | <p>Umsetzung neuer Lehr-Lernkonzepte fördern und den Ausbau einer Qualifizierungs- und Weiterbildungs-offensive Hochschuldidaktik vorantreiben. Des Weiteren halten wir eine zeitgemäße Weiterentwicklung der Personalstruktur an den Hochschulen für notwendig. Wir wollen mehr unbefristete Stellen für NachwuchswissenschaftlerInnen einrichten, wir wollen mehr Junior-Professuren mit Tenure Track und den Frauenanteil an der ProfessorInnenschaft ausbauen.</p> | <p>Rechtsaufsicht zu beschränken und auf die Fachaufsicht zu verzichten. Das bedeutet, alle Berufungsrecht selbst inne haben. Hochschulen sollten auch noch besser in die Lage versetzt werden können eigene Schwerpunkte zu setzen. Die Innovationsfähigkeit der Hochschulen darf nicht gebremst werden, sondern muss Unterstützung erfahren.</p> | <p>Initiativen, die die Vielzahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse bei dem wissenschaftlichen Mittelbau eindämmen will. In der Qualifikationsphase sind Befristungen durchaus sinnvoll und ein gangbarer Weg. Diese Phase hört allerdings mit dem Doktorgrad auf. Wir setzen uns für ein Aufstocken von sicheren Beschäftigungsverhältnissen für die Post-Docs ein: Daueraufgaben in Forschung und Lehre müssen mit Dauerstellen Hand in Hand gehen. Bei Drittmittelprojekten muss die Befristung in der Regel der Dauer des Forschungsprojekts entsprechen. Die derzeitige Praxis, die dazu führt, dass über die Hälfte der Arbeitsverträge auf maximal zwölf Monate befristet ist, hält DIE LINKE für einen untragbaren Zustand.</p> <p>Die Arbeitsbedingungen für die Doktorandinnen und Doktoranden müssen ebenfalls verbessert werden. Für DIE LINKE ist die Phase der Promotion der erste Abschnitt von wissenschaftlicher Arbeit und nicht der letzte Abschnitt des Studiums. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Doktorandinnen auf sozialversicherungspflichtigen Stellen promovieren sollen,</p> |
|--|--|--|--|--|

|  |   |  |  |   |
|--|---|--|--|---|
| <p>bleiben, sondern wollen durch Qualitätsentwicklung steigende Absolventenquoten, besonders in den MINT-Studiengängen, erreichen. Das begonnene, bundesweit beispielgebende Projekt Niedersachsen-Technikum, bei dem landesweit Hochschulen mit Unternehmen kooperieren und durch das mehr junge Frauen für ein Studium der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) begeistert werden sollen, werden wir weiter ausbauen. Um junge Menschen für naturwissenschaftlich-technische Berufe zu begeistern, wird die erfolgreiche Ideen-Expo in Hannover fortgesetzt.</p> <p>Wir werden die Profil- und Schwerpunktbildung der niedersächsischen Hochschulen, wie z.B. in der NTH, und ihre Kooperation und strategische Vernetzung fördern, um angesichts des internationalen wissenschaftlichen Wettbewerbs die Konkurrenzfähigkeit der niedersächsischen Hochschulen zu stärken. Dazu gehören auch Landesgrenzen überschreitende Kooperationen wie z.B. die European Medical School der Universität Oldenburg mit der Reichsuniversität Groningen. Wir wollen unsere Hochschulen ermuntern, neben der Stärkung der Schwerpunkte in Forschung und Lehre in den natur- und lebenswissenschaftlichen Fächern auch die Geistes- und Kulturwissenschaften so zu</p> | <p>Trotz Fortschritten in den letzten Jahren sind die Hochschulen in Niedersachsen noch weit von der Gleichstellung entfernt. Auch für die Hochschulen gilt: je höher die wissenschaftliche Position, umso niedriger ist der Frauenanteil. Damit werden wir uns nicht abfinden. Wir wollen den in den nächsten Jahren anstehenden Generationswechsel an den Hochschulen nutzen, um mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Wissenschaft durchzusetzen. Hierzu gehört ein Bündel von Maßnahmen, wie die Förderung von planungssicheren Karrierewegen, der Ausbau von wissenschaftlichen Netzwerken für Frauen, die Einrichtung eines Junior-Professorinnenprogramms, die Unterstützung von Dual-Career-Konzepten, aber auch die Prüfung einer verpflichtenden Quote für die Wissenschaft.</p> <p><b>Für starke Studentenwerke – soziale Infrastruktur ausbauen:</b><br/>Die niedersächsischen Studentenwerke stellen die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur des Studiums sicher, ihre Service- und Betreuungsangebote sind ein wichtiger Faktor für den Studienerfolg und im Wettbewerb um Studierende. Während Bund und Länder im Rahmen des Hochschulpaktes</p> |  |  | <p>bei denen mindestens die Hälfte der Arbeitszeit für die eigene Qualifikationsschrift vorgesehen ist. Die ausufernde Praxis von Stipendien statt Stellen muss zurückgefahren werden.</p> <p>Bei Juniorprofessuren muss die Tenure-Track-Option der Regelfall werden. Grundsätzlich verfolgt DIE LINKE das Ziel, Bildungsprozesse zu entschleunigen und von der alleinigen Fixierung auf Verwertbarkeit in der Arbeitswelt zu lösen. Die Bildungseinrichtungen müssen ausreichend durch öffentliche Mittel zu finanzieren, um sie unabhängig von Einflüssen der Wirtschaft und/oder einzelnen Unternehme(r)n bzw. Gönnern zu machen. Wir stehen für eine demokratische Hochschule in öffentlicher Verantwortung.</p> |
|--|---|--|--|---|

|   |   |  |  |  |
|---|---|--|--|--|
| <p>profilieren, dass sie sichtbare Beiträge für Wissenschaft und Gesellschaft erbringen können. Schließlich streben wir eine engere Verbindung zwischen Hochschule und außeruniversitären Forschungseinrichtungen an, um die wissenschaftlichen Kräfte zu bündeln und die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit von Hochschulen und Forschungseinrichtungen noch weiter zu verbessern.</p> | <p>2020 in zusätzliche Studienplätze investiert haben, sind keine Gelder für Investitionen in die soziale Infrastruktur bereitgestellt worden. Deshalb müssen flankierend zum Hochschulpakt Bund und Länder auch ihrer sozialen Verpflichtung gegenüber den Studierenden nachkommen und zusätzliche Mittel für die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur des Studiums zur Verfügung stellen. Besonders dringend sind in Niedersachsen Investitionen zur Sanierung bestehender und zur Schaffung neuer Wohnheimplätze. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, Studentenwohnheime in den Förderkatalog des Niedersächsischen Wohnraumförderungsgesetzes aufzunehmen.</p> |  |  |  |
|---|---|--|--|--|

Braunschweig, 09.01.2013

**Kontakt:**

Alexa Knackstedt  
Geschäftsführerin  
LandesHochschulKonferenz Niedersachsen (LHK)  
Technische Universität Braunschweig  
Pockelsstraße 11, 38106 Braunschweig  
Telefon: 0531 391-4169  
E-Mail: alexa.knackstedt@lhk-niedersachsen.de  
[www.lhk-niedersachsen.de](http://www.lhk-niedersachsen.de)